



Politik vor Gericht

Bei Prozessen gegen Linke gibt es kein neutrales, wertfreies Recht. Gerichte sind keine Institution außerhalb der Gesellschaft, auch wenn sie sich als solche bezeichnen. In ihnen werden normative Aspekte verteidigt, gegen die sich linke Politik wendet. Der Zusammenhang von „Recht und Ordnung“ ist nicht von ungefähr. Revolutionäre linke Politik ist notwendigerweise eine Bedrohung von Rechtsvorstellungen und wird als Bedrohung des status quo gesehen. Dagegen schreiten auch Gerichte ein. Gerade in den letzten Monaten wurden höhere Strafen als üblich verhängt.

Dass es sich um politische Prozesse handelt, merkt man nicht zuletzt daran, dass die vorgeführten „Beweise“ eine vergleichsweise geringe Rolle für das Urteil und das Strafmaß spielen. Während in anderen Prozessen Reue, Täter-Opfer-Ausgleich, belastbare Beweise und glaubhafte Zeugen im Mittelpunkt stehen können, machen wir bei Prozessen gegen Linke die Erfahrung, dass die Beweise noch so dürftig, die Zeugenaussagen noch so widersprüchlich und belanglos sein können, und es trotzdem zu hohen Verurteilungen und Strafen kommen kann – auch Einlassungen seitens der Angeklagten haben in den seltensten Fällen einen relevanten Einfluss auf das Urteil.

Worin besteht dann die Möglichkeit „unsere“ Politik in die Gerichtssäle zu bringen? Zum Einen kann eine kritische Öffentlichkeit bereits vor den Prozessen informiert und mobilisiert werden. Sei es durch Pressearbeit oder die üblichen linken Kanäle können Informationen verbreitet oder Aktionen organisiert werden. Allein das Thema Repression auf die Tagesordnung linker Strukturen zu setzen erweist sich in allen Fällen als sinnvoll. Zum Anderen können am Prozesstag selbst politische Aktionen durchgeführt werden. Als Beispiel seien hier Kundgebungen, politische Prozessklärungen oder ebenso eine kritische Pressearbeit genannt. Inwiefern solche Aktionen Sinn ergeben, muss im Einzelfall und gemeinsam entschieden werden. Politische Prozessführung hat dabei keinen Nachteil für die Angeklagten. Nach unserer Einschätzung hat eine Kundgebung vor dem Gerichtssaal oder eine politische Prozessklärung, die zu Beginn gesellschaftliche und juristische Umstände

anprangert, keine relevante Auswirkung auf das Strafmaß oder hat besondere Vermerke zur Folge.

Viele Beispiele haben gezeigt, dass durch Repression auch die linke Szene gestärkt werden kann. Durch einen Prozess in Mailand dieses Jahr konnten viele politische und persönliche Kontakte aufgebaut werden oder durch die Verfolgung des Sozialwissenschaftlers Andrej Holm konnte beispielsweise das Thema „Gentrifizierung“ in den gesellschaftlichen Diskurs gerückt werden. Dies zeigt uns, dass es nicht nur wichtig ist, einzelnen Genossinnen und Genossen zu helfen, sondern dass durch den Zusammenhalt wertvolle Erfahrungen gewonnen werden können. Es ist ebenso wichtig, sich vor Gericht nicht zermürben zu lassen. Ein politischer Umgang mit Repression kann Betroffenen sowie die ganze Szene ideell stärken.

Die Entpolitisierung von Genossinnen und Genossen ist eine der politischsten Waffen in der Prozessführung auf Seiten der staatlichen Repressionsbehörden. Aufgabe der linken Szene ist es gegen diese Negation von politischen und moralischen Werten zu kämpfen. Die Verunsicherung, ob eine Einlassung sich lohnt und die damit verbundene Möglichkeit der Entsolidarisierung der*des Angeklagten von der Bewegung, ist Teil des politischen Prozesses. Wenn mitgespielt wird, wird dem Prozess und dem Gericht Legitimation verliehen.

Unsere Erfahrungen zeigen, dass politische Prozesse nicht auf die Wahrheitsfindung und „gerechte“ Strafen zielen. Hier bewährt sich ein weiterer Klassiker: Getroffen sind wenige, gemeint sind wir alle. Vor Gericht stehen Einzelpersonen, geurteilt wird über die ganze politische Aktion und die mit ihr verbundene Gesinnung. Doch das Gericht ist, wie sich zeigt, nicht neutral. Es ist gegen uns.

Diese Angst über die Unfairness erfährt jede*r Angeklagte am eigenen Leib. Deshalb ist es umso wichtiger alle Genossinnen und Genossen nicht alleine zu lassen!

Und die Moral von der Geschichte: Make Antirepression great again!

Dezember 2016

frankfurt.rote-hilfe.de
ffm@rote-hilfe.de

